

Dresdener Volkszeitung

Hauptkassier: Seibitz,
Guben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtpost monatlich 1,50 M. Durch-
schnittlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 5,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10, Tel. 25 281.
Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10, Tel. 25 281.
Wochenspende von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends.

Inseratpreis: die 7spaltige Nonpareilzeile 50 Pf., darauf 40 Prozent
Leerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag).
Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an vor-
genannten Tagen kann nicht angenommen werden. Für Briefvermittlung 20 Pf.

Nr. 124.

Dresden, Montag den 2. Juni 1919.

| 30. Jahrg.

Zugeständnisse an Deutschland? — Die Umtriebe im Rheinland.

Darüber, wie sich die Entente zu den deutschen Gegen-
verträgen verhalten wird, läßt sich etwas Sicheres heute noch
nicht sagen. Wie immer in derartigen Fällen gehen die
widersprechlichsten Meinungen durch die Presse. Nach einer
Kritik der französischen Blätter sollen einige Forderungen von
Bedeutung in die Friedensbedingungen aufgenommen werden,
die aber aber werde durchaus unverändert
bleiben. Ein Kavalleriebericht spricht sich gegen mündliche
Verhandlungen aus. Nach neueren Meldungen soll jedoch
die Sprache der französischen Blätter nicht mehr so heftig gegen
den Mund sein wie unmittelbar nach Bekanntgabe der
deutschen Gegenverträge. Verschiedene in der Woche einzel-
weise für Widerlegungen ein. Er verlangt die An-
nahme des deutschen Saarvorschlages, Ver-
einerung der Deutschösterreicher mit Deutschland und Rück-
gabe der deutschen Kolonien. Nach einer Meldung aus
London sollen sowohl England wie Amerika Neigung haben,
gründliche Vorschläge zu unterlegen. Nach einer Mel-
dung der Newyork Tribune soll Wilson die Rolle eines Ver-
mittlers zwischen Deutschland und den Alliierten auf sich
genommen haben. Es sei zu erwarten, daß wichtige Zug-
eständnisse gemacht werden, um die Unterzeichnung des
Vertrages vorzubereiten und weiteren Okkupationen deutschen
Gebietes zu vermeiden. Nach einer andern Meldung soll
Clemenceau auf halbhartig darauf bestehen, daß an dem
unveränderten Entwurf festgehalten werde.

Das starrsinnige Verhalten Frankreichs ist wohl zum
Teil dadurch zu erklären, daß sich Frankreichs Finanzen in
einem noch traurigeren Zustande befinden als die Deutschlands.
Wie der Finanzminister Ribot im französischen Senat fest-
stellte, beträgt das französische Budget im Jahre 1919 etwa
44 Milliarden Mark. Bis zum Jahre 1920 wird Frankreich
für Kriegspensionen 25 Milliarden und 15 Milliarden für
Entschädigungen ausgeben müssen. Frankreichs Bundes-
genossen dürften Frankreich diese Last nicht allein tragen
lassen. Am Schluß seiner Rede sprach Ribot ohnmächtig zu-
ammen. In einer vom Senat schließlich angenommenen
Erklärung wurde verlangt, man müsse den Friede-
verträgen mit Frankreichs Bundesgenossen ein Finanz- und
Hilfsabkommen zu treffen, welches Frankreichs Interessen
schütze.

Die Franzosen scheinen zu glauben, daß sie aus Deutsch-
land durch harte Friedensbedingungen so viel herauspressen
können, daß ihre Finanzlasten erleichtert werden. Der Völk-
er eines großen Teil der Franzosen gegen Deutschland be-
ruht, läßt sie nicht erkennen, daß sie auf dem falschen Wege
sind. Nur, wenn Deutschland einen Frieden erhält, bei dem
es sich wirtschaftlich wieder emporarbeiten kann, wird es
Frankreich helfen können. Nicht ein Gewaltfrieden, der
Deutschlands Entwicklung unterbindet, sondern nur ein Friede
der Verständigung, der den Saß zwischen den Völkern ver-
bindet läßt und ein gemeinsames Arbeiten der Deutschen
und Franzosen am Wiederaufbau ermöglicht.

Auf französische Kreise ist es wahrscheinlich auch
zurückzuführen, daß die Versuche, aus den Rheinlanden
eine selbständige Republik zu machen, nicht aufgehen. In
Wiesbaden und Mainz wurden gestern Plakate angeschlagen,
in denen die Gründung einer rheinischen Repu-
blik beantragt wurde. Solches soll die Hauptstadt
dieser Republik werden. Die Bevölkerung der besetzten Ge-
biete hat gegen diese Bestimmungen protestiert. In Wies-
baden wurden die Plakate von den Alliierten herunter-
gerissen. In Mainz wurde der Generalstreik prokla-
miert. In Köln gab die Bevölkerung in massenhaften Kund-
gebungen am Sonntag ihrer Entrüstung über die Versuchs-
bestimmungen Ausdruck. Auch darin sehen sich die Franzosen,
wenn sie glauben, daß ihnen eine Herrschaft in Deutsch-
land, wie sie jetzt am Rhein versucht wird, etwas nützen
würde. Ein zerstücktes, ohnmächtiges Deutschland würde
nicht in der Lage sein, beim Wiederaufbau der durch den
Krieg zerstörten Welt die großen Aufgaben zu erfüllen,
die es sonst erfüllen könnte.

Die Nachteile der kurzfristigen Politik, die jetzt die
Franzosen treiben, würde die ganze Menschheit und
daher auch Frankreich mit zu tragen haben.

Hochberrät.

Die rheinische Republik.

Frankfurt a. M., 1. Juni. In Wiesbaden und Mainz
wurden heute Plakate angeschlagen, in denen die Gründung einer
rheinischen Republik beantragt wurde. Diese rheinische Republik
soll nach dem Austritt eines Friedensrepublik sein und das Rheinland,
die Niederlande, die Niederlande und das Saarland umfassen.
Die vorläufige Regierung, die angedacht schon besteht, hat ihren Sitz
in Wiesbaden; Koblenz soll Hauptstadt werden. Die Gewährung
des Status der selbständigen Republik soll sofort ein-
geleitet werden. Die bisherigen Staats- und Gemeindefunktionen sollen die
auf demselben im Wege der Wahl. Der Austritt ist unterzeichnet von drei
Arbeitsgemeinschaften, nämlich dem rheinischen Arbeiterrat, dem
rheinischen Arbeiterverband und dem rheinischen Arbeiterverband.
Die Plakate sind jedoch keine Namen genannt, so daß das Plakat und der
Kauf nicht beantwortet. Nur eine einzige Zeitung des besetzten Ge-

biet hat davon Kenntnis genommen und sich in zustimmendem Sinne
äußert, der rheinische Arbeiter, ein Blatt, das schon seit
einigen Wochen als von feindlicher Seite gekauft gilt.

Selbst wenn es sich bei diesen Vorgängen nur um großen Unfug
handeln sollte, würde Hochberrät vorliegen. Die rheinische Bevöl-
derung bekennt sich sehr entschieden zum Reich. Alle verbrecherischen
Versuche der Besetzung sind auf einzelne besonders gefährliche
oder bedenkliche Personen zurückzuführen.

Ein Seiten sprung der Heeresleitung.

W. I. B. meldet aus Berlin: Die Oberste Heeresleitung
hat am 21. Mai eine Rundfrage erlassen, um ein klares Bild
darüber zu bekommen, wie die Bevölkerung zu einer etwaigen
Wiederaufnahme des Krieges stehe. Am selben Tage,
als die Heeresleitung davon Kenntnis erhielt, nämlich am 27. Mai,
telegraphierte sie an die Oberste Heeresleitung:

Rundfrage der Obersten Heeresleitung vom 21. Mai 1919
betreffend Befragung der Bevölkerung wegen etwaiger Wieder-
aufnahme des Krieges wird von der Reichsregierung nicht gebilligt.
Reichsregierung erlaubt, Umfrage und Beantwortung sofort ab-
zubrechen, da sie als politisch anzusehen und daher über Rahmen
der Tätigkeit der Obersten Heeresleitung hinausgeht.

Darauf hat die Oberste Heeresleitung am 30. Mai
geantwortet:

Gemäß telegraphischer Anordnung der Reichsregierung ist
die Rundfrage vom 21. Mai eingestellt worden.

Ja hätte es dankbar begrüßt, wenn mir vor dieser Stellung
Gelegenheit gegeben wäre, dem Rahmen meine Gründe für die Umfrage
darzulegen. Für alle Fälle Klarheit und sichere Unterlagen für Ent-
scheidungen zu schaffen, vor die die O. H. L. von der Reichsregierung ge-
stellt werden kann, war der Hauptgrund der Umfrage. Daneben
hat aber noch ein anderer Grund mitgesprochen. Nach Bekannt-
werden der Friedensbedingungen ist der Herr Generalstabschef
mit telegraphischen, schriftlichen und mündlichen Ratschlägen, Pro-
testen und Kundgebungen jeder Art überschüttet worden, aus
denen ein oberflächlicher Verdacht leicht den Eindruck gewinnen
konnte, als ob Volk und Heer zum Kampf fest ent-
schlossen wären und diesen Kampf auch gegen den Willen
der Reichsregierung aufnehmen würden. Ja, es geht so
weit, daß der O. H. L. aus manchen Kreisen Wunsch an Ent-
schlossenheit und nationale Einheit vorgebracht wurden. Unter
diesen Umständen mußte ich besonders daran denken, ein un-
geklärtes Bild über die Lage zu gewinnen, um einerseits
auf die Dilemmata beruhigend einwirken zu können und ander-
seits einwandfreie Unterlagen zu erhalten, um die in absehbarer
Zeit mit Sicherheit zu erwartenden Angriffe der Presse und öffent-
lichen Meinung mit schlagendem Beweismaterial abwehren zu
können.

Die Oberste Heeresleitung hatte also, ebenso wie die Reichs-
regierung, die Absicht, beruhigend zu wirken und die friedliche Politik
des Reiches nicht durch Dilemmata führen zu lassen. Die Reichsregie-
rung baut auf den inneren Rechtswert und die Hebergewinnung
ihrer Gegenverträge, nicht auf eine Erneuerung des Kampfes
von unserer Seite. Dabei wird es aber ihre dauernde Bemühung
sein, die Sicherungsaufgaben in den Ostprovinzen in keiner Weise
vernachlässigen zu lassen.

Die Kommentare des offiziellen Bureaus zu diesem Tele-
grammwechsel zwischen Regierung und Oberster Heeresleitung
sind durchaus nicht zufriedenstellend. Wir fragen: Wie konnte
es kommen, daß die Heeresleitung eine Rundfrage von so
großer politischer Tragweite auf eigene Faust zu veranstalten
versuchte? Wir müssen von der Reichsregierung fordern, daß sie
der Obersten Heeresleitung entschiedenere, als es bisher offenbar
geschehen ist, klar macht, was im republikanischen Deutschland
zu den Obliegenheiten der Heeresleitung gehört und was nicht,
damit solche „Missverständnisse“ künftig ausgeschlossen sind.

Abgesehen von dieser verlässlichen verblieben Eigen-
mächtigkeit der Obersten Heeresleitung zeigt die Rundfrage
von besonderem politischen Dilemma. Wer nicht, wie die
Vollstreckten, auf so ungewisse Größen, wie die Welt-
revolution bauen will, der muß wissen, daß in Deutschland
die psychologischen und vor allem die technischen Vor-
bedingungen zu einer Fortsetzung des Krieges gegen die Entente
fehlen. Eine nationale Erhebung nach dem Vorbild von
1812/13 käme heute auf ein sinnloses Blutvergießen hinaus,
denn das deutsche Volk ist durch vier Jahre nationaler Er-
hebung physisch und technisch völlig erschöpft, während die
Entente noch immer Kraftüberdampf zeigt. Wie reich war
Ungarn übermächtig!

Wir gehören nicht zu den Wespenkriechern, die sofort
über Gegenrevolution jetzern, wenn militärische Stellen ein-
mal politischen Instanz treiben. Aber mehr Heber-
wahrung der oberen Militärs durch die Regierungen müssen
auch wir fordern. Die kontinuelle politische Situationsbetrachtung
der Obersten Heeresleitung zeigt sich nämlich auch bei andern
militärischen Instanzen. So geht jetzt durch einen Teil der
rheinischen Presse ein (auch in der Sonntagsnummer der
Dresdener Volkszeitung veröffentlicht) Aufruf der 2. Grenz-
regiment-Brigade, der ganz im Stile der nationalen Erhebung
zeitwählig wirkt. Wenn man dabei den Schutz der Süd- und
Ostgrenzen im Auge hat, so soll man das klar sagen; dieser
Aufruf aber muß den Anschein erwecken, als rüsten wir zu
einem neuen Krieg gegen die Entente. Solche Stillungen
müssen im Volke Verwirrung und in Versailles ein Mißtrauen

erzeugen, das unsere Aussichten auf günstige Verhandlungen
nicht verbessert.

Offenlich überwacht das sächsische Ministerium für
Militärwesen die militärischen Veröffentlichungen in Zukunft
besser — auch was den Ton über Disziplin anbelangt. Man-
nig ist gewiß in jeder Truppe nötig, aber diese Auffassung
wurde in Aufzügen mitunter durch Formulierungen ausgedrückt,
wie sie im alten Deutschland gang und gäbe waren.

Reichswehr und Gegenrevolution.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Wieder einmal versichert die Freiheit, daß die Reichs-
wehr das wirksame Instrument der Gegen-
revolution sei. Diese Behauptung wird nach den stän-
digen Vorwissen in dem Wozek wegen der Ermordung
Liebknechts und Rosa Luxemburgs gewiß von viel mehr Leuten
geteilt als zuvor und ist doch grundfalsch. Am Sonnabend
legte in der Berliner Universität ein Vertreter der
Reichswehrformationen, der einen guten Einblick
in die politische Auffassung der gegenwärtig vorhandenen
Truppen gewährte.

Es handelte sich um eine politische Kundgebung,
um die schon gemeldete Stellungnahme der Reichswehr zu
den Friedensbedingungen. Das ist an sich nicht ganz
zulässig, denn der einzelne Soldat behält zwar alle Rechte
des Bürgers, aber das Militär als solches hat keine eigene
Politik zu treiben. Auch in der angegebenen Erklärung
steht mancher Satz, der vom sozialdemokratischen Standpunkt
aus berechtigter Anschuldigung unterliegt. Gleichwohl wird man
in diesem Ausnahmefall der Reichswehr nachsehen dürfen,
da sie sich über die Fragen äußern wollte, die jeden Deutschen
zu tiefst berühren.

In der Versammlung von etwa 800 Vertretern
sahen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten bunt durchein-
ander, etwa je zu einem Drittel gemischt. Die Leitung
hatte ein Hauptmann vom Stabe Rittwitz. Nach
Referaten des deutschen nationalen Abgeordneten Professors
Noeysch, der in der Kreuzzeitung stets eine verhältniß-
mäßig vernünftige Kriegspolitik getrieben und u. a. den
Friede Friede scharf bekämpft hat und des Ge-
nossen Seilmann, entwickelte sich eine Debatte, die zeigte,
daß in der Reichswehr zwar glücklicherweise ein gewisses Mindest-
maß von Disziplin wieder hergestellt ist, daß aber von einer
Wiederaufrichtung des alten Militarismus nicht im ent-
ferntesten die Rede sein kann. Ob die jede Sache vor den
Offizieren sprachen die Soldaten rücklos aus, was sie
über die ganze Kundgebung und über die einzelnen Friedens-
fragen dachten.

Im Anschluß an Ausführungen des sozialdemokratischen
Redners warf z. B. ein Soldat die Frage auf, ob der Pro-
test gegen die Verminderung der deutschen
Wehrmacht auf 100 000 Mann nicht einen unzulässigen
Vorstoß gegen die Regierung darstelle, die in diesem Punkte
Ententeleistungen nachgekommen sei. Es wurde er-
widert, diese Zulage der Regierung sei nur gegeben für den
Fall sofortiger Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund;
außerdem wäre eine genügende Uebergangsfrist gefordert, um
insgesamt die politische und die bolschewistische Gefahr hin-
reichend zu bekämpfen. Ein Soldat aus Bromberg pro-
testierte dagegen, daß der sozialdemokratische Redner gefogt
hätte, im Falle der Nichtunterzeichnung würden zweifelhafte
Ententetruppen einrücken, und dieser Vorwurf würde
lediglich ein Spaziergang sein, da in Deutsch-
land kein vernünftiger Mensch an bewaffneten Widerstand
denke. Sofort erwiderte ein Offizier von einem
Korpsstab, es würde in der Tat Wahnsinn sein, an
einen neuen Kampf mit dem französischen oder englischen Heer
zu denken, und ein Soldat fügte hinzu, die Reichswehr werde
kämpfen oder nicht kämpfen, je nachdem es
die Regierung befehle. Über die Soldaten, die be-
trübt im Westen gestanden hätten, bezogen ausnahmslos,
daß an einen gewalttätigen Widerstand gegen die Entente-
heere nicht im Traume zu denken sei. Der Vertreter der
Eisernen Brigade aus Ribau schloß die Debatte mit der Bemerkung
ab, die Reichswehr kenne nur eine Politik, die der
vom ganzen Volke demokratisch gewählten Regierung, und sei
viel zu stolz auf die deutsche demokratische und soziale Repu-
blik, als daß sie den Wunsch nach Reaktion oder Anarchie hegen
könnte. Solche Worte fanden allgemeine Zustimmung, und
alle Zuhörer, auch die sonst der Politik noch sehr feptisch
gegenüberstehen, bestätigten unter dem Eindruck dieser Ver-
sammlung, daß die Reichswehr unter keinen Umständen
irgendwelchen gegenrevolutionären Unternehmungen oder
Rücksicht die Hand bieten würde. Der Streit darüber, ob
die Wehrmacht der Offiziere für die Republik unbedingt zu-
verlässig ist, kann danach ruhig beiseite bleiben; die Mann-
schaften sind nicht mehr willenlose Werkzeuge in der Hand
ihrer Offiziere, und würden einem Befehl, irgendwas gegen
die Volksregierung zu unternehmen, selbst wenn er erteilt
würde, unter keinen Umständen nachkommen. Die Offiziere,
die selbst das Wort ergriffen, anerkannten übrigens unum-
wunden ihre unbedingte Gehorsamspflicht gegenüber den Ge-
setzen der Demokratie.

Wenn man die Vertreter der Reichswehrformationen
selbst gesehen hat, wird einem erst vollkommen klar, wie offen
das Bewußt ist, das die Presse der Unabhängigen von diesen
zeichnet. Das Wehret von der drohenden Gegenrevolution,